



**Rede des Bürgermeisters Klaus Pipke
zur Vorlage des Haushaltsentwurfes 2011
am 29.11.2010**

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen,

die kommunale Selbstverwaltung ist der Grundpfeiler des politischen Lebens in unserem Land. Die finanzielle Eigenverantwortung ist Ausdruck und Kern dieser Selbstverwaltung. Es schadet nicht, den passenden Artikel des Grundgesetzes in Erinnerung zu rufen. Artikel 28, Absatz 2: *„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. (...) Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.“*

Das sollte alles sagen. Und doch scheint dieser Artikel mehr und mehr einen Idealzustand zu beschreiben, nicht aber die tatsächliche Lage der Dinge. In den Worten von Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: *„Städte und Gemeinden sehen sich seit Jahren einem Prozess ausgesetzt, der die finanziellen Grundlagen ihrer Selbstverwaltung zerstört.“* Vielfach ist nicht mehr der Gestaltungswille der Bürgerinnen und Bürger vertreten durch die Ratsmitglieder ausschlaggebend dafür, was Kommunen leisten und welche Projekte sie umsetzen, sondern die blanke finanzielle Not diktiert die Bedingungen. Noch einmal Gerd Landsberg: *„Die finanziellen Engpässe bestimmen längst die politischen Entscheidungen vor Ort.“* Dabei ist der Spielraum, innerhalb dessen man Entscheidungen treffen kann, ohnehin klein genug.

Anders gesagt: Wir alle, die wir in diesem Rat sind, wollen auf kommunaler Ebene unsere Gesellschaft gestalten. Das ist der Grund, warum wir Politik machen. Was aber können wir gestalten? Welche Möglichkeiten bleiben, wenn ein Großteil der kommunalen Aufgaben durch Vorgaben aus Bund und Land diktiert werden? Welche Möglichkeiten bleiben, wenn Kommunen Investitionen in die Infrastruktur nur mit neuen Krediten finanzieren können? Kommunen sind strukturell unterfinanziert, das ist keine neue, überraschende Erkenntnis,



aber grundsätzliche Hilfe lässt dennoch auf sich warten. Und die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat ihren Teil dazu beigetragen. Der Blick in die Zeitungen, die Lage in Irland, Griechenland und Portugal, zeigen, dass noch lange nicht alles überstanden ist. Die Kommunen reagieren und kürzen, wo sie kürzen können: bei notwendigen Investitionen und bei den freiwilligen Leistungen.

Auch in Hennef müssen wir reagieren. Wir haben uns wieder auf eine Nettoneuverschuldung einlassen, haben die Kassenkredite anpassen und die Ausgleichsrücklage aufzehren müssen. Wir haben gekürzt und wir sparen. Gerade für 2011 haben wir über alle Fachämter und Dienststellen hinweg die Ausgaben auf dem Stand von 2010 eingefroren.

Aber – und das ist mir sehr wichtig – wir verzichten ganz bewusst nicht auf freiwillige Leistungen, denn gerade die prägen die Lebensqualität in Hennef und sind für das Leben der Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig. Wir unterstützen Vereine, Sport, Kinder und Familien. Wir leisten uns 70 Spielplätze. Wir halten daran fest, den Trägeranteil an den Betriebskosten der KITAs zu finanzieren. Wir legen Wert auf ein Kulturprogramm, eine Bibliothek, eine Musikschule gut ausgestattete Sportstätten und ein Jugendzentrum. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern mit der Europawoche, dem Stadtfest und dem Weihnachtsmarkt weiterhin ein abwechslungsreiches Jahresprogramm bieten.

Und wir leisten uns auch Investitionen, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt wichtig sind, wie die Baumaßnahmen am Gymnasium, die Mehrzweckhalle an der Gesamtschule und der Umbau des Busbahnhofes. Hierzu gehört auch der behindertengerechte Ausbau der Buswartehallen in Hennef, mit dem wir im August dieses Jahres begonnen haben. In den kommenden fünf Jahren werden wir rund 50 Bushaltestellen aus- oder neu bauen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1,4 Millionen Euro, die zu 85 Prozent vom Land NRW gefördert werden. 15 Prozent, das sind 210.000 Euro, trägt die Stadt.

Dass wir das nach wie vor können, verdanken wir unserer soliden Haushaltspolitik in den letzten Jahren, die davon geprägt war, bestehende Schulden abzubauen und zugleich deutliche Zeichen und Schwerpunkte zu setzen. Das ist uns so gut gelungen, dass wir bis vorletztes Jahr ohne Nettoneuverschuldung ausgekommen sind und sogar damit beginnen konnten, Altschulden abzubauen. Und auch 2010 und 2011 hätten wir diesen Weg weiter gehen können, wenn wir auf die Baumaßnahmen am Gymnasium verzichtet hätten. Ab 2012 werden wir den alten Weg weiter gehen und wieder mehr Schulden ausgleichen können als neue aufzunehmen.



Nun zu den Zahlen für das kommende Jahr, dessen Haushalt Ihnen im Entwurf vorliegt. Der Ergebnisplan 2011 verzeichnet 78 Millionen Euro ordentliche Erträge und knapp 81,3 Millionen Euro ordentliche Aufwendungen. Im Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit schließt er mit einem Minus von 3,9 Millionen Euro ab. Verrechnet mit Finanzerträgen in Höhe von 1,5 Millionen Euro und Zinsen und Finanzaufwendungen in Höhe von 5,4 Millionen Euro ergibt sich ein Jahresergebnis von minus 7,1 Millionen Euro.

In der Planung, die wir mit dem Haushalt 2010 vorgelegt hatten, waren wir noch von einem Defizit von über 9 Millionen Euro ausgegangen. Und auch der ursprünglich für Oktober vorgesehene Haushaltsentwurf hätte ein höheres Defizit aufgewiesen. Die Verschiebung hat sich als richtig erwiesen, da wir nun die ganz aktuellen Orientierungsdaten und die regionalisierte November-Steuerschätzung, die uns erst seit einigen Tagen vorliegen, einarbeiten konnten. Es zeigte sich, dass im Vergleich zu einem ersten Entwurf, wie wir ihn im Oktober vorgelegt hätten, die Kreisumlage um 1 Millionen Euro geringer ausfällt und die Steuereinnahmen um 718.000 Euro höher ausfallen. Beides zusammen drückt das Defizit um 1,7 Millionen Euro.

Zurückzuführen ist dieses Defizit nach wie vor auf den gravierenden Einbruch beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und den Schlüsselzuweisungen vom Land. Der Einkommenssteueranteil sank im laufenden Jahr um 10,9 Prozent und wird 2011 noch einmal um 1,6 Prozent sinken. Zwar steigt nach den uns aktuell vorliegenden Schätzungen dieser Anteil ab 2012 wieder um 5,7 Prozent, die Mindereinnahmen aus diesem Jahr aber belasten weiterhin den Haushalt. Ebenso wie die Schlüsselzuweisungen, die 2010 um 10,4 Millionen Euro geringer ausfielen, als im Vorjahr. Wir können 2011 mit deutlich höheren Einnahmen rechnen, immerhin knapp 7,7 Millionen Euro mehr als 2010, aber vom hohen Niveau im Jahr 2009 sind wir noch weit entfernt.

Zum Ausgleich des Defizites haben wir bereits im laufenden Jahr die Ausgleichsrücklage in voller Höhe in Anspruch nehmen müssen. Für das kommende und die drei folgenden Jahre sind wir gezwungen, die allgemeine Rücklage in Anspruch zu nehmen. Alles in allem aber unterschreiten wir die in der Gemeindeordnung festgelegten Grenzwerte für ein Haushaltssicherungskonzept und bleiben – im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen – in der eigenverantwortlichen finanziellen Selbstverwaltung.



Der Finanzplan für 2011 verzeichnet im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Minus von 1,47 Millionen Euro und im Saldo der Investitionstätigkeiten ein Minus von 6,3 Millionen Euro.

Grund für die Neuverschuldung sind vor allem die Baumaßnahmen am Gymnasium. Ohne diese Maßnahmen könnten wir auch 2011 wie schon 2010 eine Neuverschuldung vermeiden und Schulden tilgen.

Die Kosten für Baumaßnahmen am Gymnasium belaufen sich 2011 auf 3,1 Millionen Euro und werden über Kredite finanziert. Ohne diese Kredite betrüge die Deckungslücke 3,2 Millionen Euro. Andererseits tilgen wir 2011 Kredite in Höhe von 3,34 Millionen Euro. Das heißt: Ohne die Maßnahmen am Gymnasium würden wir den Schuldenstand weiter heruntersuchen. Wir haben uns bereits mit dem Haushalt 2010 ganz bewusst für diesen Weg entschieden, weil sowohl der Neubau des naturwissenschaftlichen Traktes am Gymnasium, wie auch der Umbau des alten naturwissenschaftlichen Bereiches zu einem Mensa- und Freizeitbereich ab Sommer 2011 zwingend notwendige Maßnahmen sind: Der alte naturwissenschaftliche Bereich entspricht nicht mehr modernen Anforderungen. Außerdem braucht die Schule die nötige Infrastruktur für den Ganztagsbetrieb, der ab Beginn des Schuljahres 2009/2010 am Gymnasium Hennef eingeführt worden war und nun Schuljahr für Schuljahr ausgebaut wird.

Wie gesagt: Ab 2012 hat der Schuldenabbau wieder oberste Priorität, eine Kreditneuaufnahme ist nicht vorgesehen, sondern wir werden die Schulden um 3,6 Millionen Euro abbauen. Ähnliche Werte sind für die darauf folgenden Jahre geplant, so dass wir unsere Schulden von aktuell 91 Millionen Euro bis 2014 auf rund 80 Millionen werden drücken können. Denn trotz allem dürfen wir die langfristige Konsolidierung des Haushaltes nicht aus den Augen verlieren.

Dass wir trotzdem in die Verbesserung unserer Infrastruktur investieren, können sie alleine schon an den Baustellen im Stadtgebiet erkennen. Der Bau der Mehrzweckhalle schreitet zügig voran. Sie wird mit der Abiturfeier an der Gesamtschule im kommenden Sommer erstmals in Betrieb gehen.

Die Maßnahmen am Gymnasium habe ich bereits erwähnt, auch dort läuft alles nach Plan, ebenso wie am Busbahnhof, der im Frühjahr 2011 eröffnet wird. Der Ersatzbahnhof in der Ladestraße wird sehr gut angenommen.



Die Ladestraße ist weiterhin im Blick des im Sommer vorgestellten Investors. Die Umsetzung seines ehrgeizigen Planes, bereits ab Frühjahr 2011 mit der Bebauung zu beginnen, wird sich verzögern. Die Pläne des Investors erstrecken sich auch auf eine noch der Bahn gehörenden Restfläche von 997 Quadratmetern. Die dortige Infrastruktur der Bahn muss zunächst abgebaut werden, es handelt sich um zwei Masten und eine Gleisanlage. Dieser Rückbau muss mit dem Eisenbahnbundesamt abgestimmt werden, was mindestens zwölf Monate Zeit beanspruchen kann. Das ist bedauerlich, aber die gute Nachricht ist, dass der Investor nicht nur an seinen Plänen festhält, sondern nach eigener Aussage bereits Zusagen von potenziellen Mietern hat.

In Hennef-Mitte, lange eine Art Sorgenkind, ist kürzlich der so genannte „Kopfbau“ eröffnet worden, ein architektonischer Glanzpunkt an prominenter Stelle. Das Curanum II ist im Bau, es entsteht ein Pflegeheim mit 80 Plätzen in 60 Einzel- und 10 Doppelzimmern, 59 Apartments für das Betreute Wohnen und einem Restaurant mit Café und Terrasse. Die Eröffnung ist für das Frühjahr 2011 geplant. In 2011 werden wir auch endlich die Erweiterung des Parkhauses angehen, die ja eigentlich schon für dieses Jahr geplant war, Der bereits zugesagte Förderbescheid liegt aber noch nicht vor, so dass sich der Baubeginn verschiebt. Das hat sich im Nachhinein sogar als Vorteil erwiesen, da wir ansonsten mit dem Parkhaus und dem Curanum zwei benachbarte große Bauprojekte und damit einhergehend den zweifachen Baustellenverkehr gehabt hätten. An den Plänen für das Parkhaus hat sich natürlich nichts geändert: Auf einer Grundfläche von 55 mal 32 Meter, angesetzt an das bestehende, 2005 eröffnete Parkhaus, entstehen neun halbgeschossig versetzte Ebenen für 340 neue Park & Ride-Plätze. Die geschätzten Kosten liegen bei 2,7 Millionen Euro, wobei die besagte Förderung durch „NahverkehrRheinland“ 85 Prozent ausmacht. Das Generationenhaus an der Ecke Humperdinck- und Mittelstraße ist weiterhin entsprechend dem im Frühjahr 2010 entwickelten Konzept Teil der mittelfristigen Planung. Vorgesehen ist, dass ein Investor ein Ärztehaus oder Gesundheitszentrum realisiert und die Stadt als Ankermieter dort städtische Institutionen ansiedelt. Potenzielle Investoren haben Interesse an der Realisierung signalisiert. Zurzeit werden die vergaberechtlichen Voraussetzungen geprüft.

Im Gewerbegebiet West haben wir mit der Firma „Müllerland“ einen guten Partner gefunden, um die alte Messe wieder zu beleben – eine „Problem-Immobilie“. Denn es gibt nur sehr wenige Nutzungen, die man sich in diesem Gebäude vorstellen kann, ein Möbelhaus ist sicher die beste Lösung. Eine solche Lösung war ja auch schon seit einigen Jahren im



Gespräch, mit „Müllerland“ ist nun ein Investor gefunden, der sehr gut nach Hennef passt. Hätte sich dort auf absehbare Zeit kein Investor gefunden, der diese schwierige Immobilie entwickelt, wäre das Gebäude für die Stadt Hennef und auch die umliegenden Gewerbebetriebe auf Dauer zu einem Problem geworden, dessen Auswirkungen sicher auch im Zentrum zu spüren gewesen wären. Die nötigen Vorbereitungen laufen und haben Sie ja bereits auch in den Ausschüssen beschäftigt. Die Eröffnung ist für Ende 2011 geplant. Das Möbelhaus ist meines Erachtens und nach Meinung des Gutachters eine sehr gute, belebende Ergänzung am Einkaufsstandort Hennef und kann hier positive Akzente setzen. Die Firma „Müllerland“ schafft außerdem rund 200 neue Arbeitsplätze, auch das ist für Hennef und die Region sehr gut.

Ein weiterer großer Erfolg der vergangenen zwei Jahre ist die Vermarktung des Neubaugebietes „Im Siegbogen“. Mit reger Bautätigkeit vor Ort, dem neuen Baubereich „Siegbogen Süd“ und dem Bau des S-Bahn-Haltespunktes wird uns dieses Gebiet auch in den kommenden ein bis zwei Jahren beschäftigen. Wir haben dort mittlerweile über 70 Grundstücke verkauft und damit weit über 4 Millionen Euro eingenommen. Das Baugebiet läuft inzwischen so gut, dass wir für den neuen, südlichen Bereich, auch ohne Werbung, innerhalb kürzester Zeit jedes Grundstück reserviert hatten – zum Teil mehrfach, so dass wir Wartelisten einrichten mussten.

Die genannten Projekte und Maßnahmen werden uns in der ein oder anderen Form auch 2011 noch beschäftigen. Hinzu kommen grundsätzlich Weichenstellungen, die die Entwicklung unserer Stadt in den nächsten Jahren merklich beeinflussen werden. Da ist zum einen die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, für dessen Datenbasis umfangreiche Datensammlung erstellt wurden, die ab Januar in den verschiedenen Arbeitskreisen besprochen werden. Für erste Arbeitskreise wurden bereits Einladungen verschickt. In Bälde wird auch das Dorfentwicklungskonzept vorgestellt, desgleichen das Einzelhandelsgutachten. 2011 werden wir also erste greifbare Ergebnisse in der Hand haben.

Zur geplanten Unterführung Bröltalstraße steht die nötige geringfügige Änderung des B-Planes im Dezember auf der Tagesordnung des Planungsausschusses. Der Landesbetrieb Straßenbau verzichtet auf ein zeitaufwändiges Planfeststellungsverfahren. Kurzzeitig waren wir davon ausgegangen, dass bereits Ende 2010 oder Anfang 2011 mit dem Bau begonnen werden kann. Eine Eröffnung 2012 wäre dann realistisch gewesen. Bei den Trägern der Maßnahme, also dem Land und der Bahn, kam es jedoch zu Verzögerungen, aufgrund



dessen die bereits für diesen Sommer geplante Unterzeichnung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarung frühestens im Frühjahr 2011 stattfinden kann. Baurecht wird dann erst Ende 2011 sein. Baubeginn wahrscheinlich 2012. Eine Verzögerung ist das jedoch nicht, denn mit diesem Zeitplan befinden uns wieder annähernd im von Anfang an geplanten Zeitkorridor, der eine Eröffnung 2014 vorsah. Optimistisch betrachtet können wir auf eine Eröffnung 2013 hoffen. In Sachen Allner Brücke und Ortsumgehung Uckerath gibt es keine neuen Erkenntnisse über den Sachstand beim Landesbetrieb Straßenbau. Wir gehen jedoch davon aus, dass wir anlässlich des großen Jahresgespräches im Januar 2011 das Neueste zu diesen Projekte erfahren werden. Wir werden dabei auch noch einmal ganz deutlich machen, dass diese beiden Themen für Hennef von sehr großer Bedeutung sind.

Am Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit zeigen sich einerseits die Zwänge, denen wir als Kommune ausgesetzt sind und andererseits die Leistungen, die wir auf freiwilliger Basis erbringen, weil wir sie unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit für ein wichtiges Element der Lebensqualität halten. Wir könnten es uns einfach machen und uns auf das zurückziehen, was gesetzlich von uns verlangt wird. Aber das wollen wir ganz bewusst nicht.

Zum Beispiel im Bereich Schule und Sport. In beiden Bereichen haben wir in den letzten Jahren – im Grunde in den letzten 15 Jahren – ganz außergewöhnliche Anstrengungen unternommen. Unsere Schullandschaft ist optimal ausgestattet. Die Mehrzweckhalle und die Baumaßnahmen am Gymnasium habe ich bereits erwähnt. Unsere Sportstätten sind weitgehend neu oder modernisiert, in Sachen Kunstrasenplätze sind wir seit Jahren aktiv und haben in den letzten Jahren zusammen mit den Vereinen sehr viel geleistet.

Eindrucksvoll ist aber auch unsere Bilanz in Sachen Offene Ganztagschule: Die Gesamtkosten für die Einrichtung der Offenen Ganztagschule an den sieben Hennefer Grundschulen und der Förderschule zwischen 2003 und Ende 2009 belaufen sich auf 3,2 Millionen Euro. Davon trug der Bund einen Anteil von 2,7 Millionen Euro, 581.000 Euro haben wir mit städtischen Mitteln getragen.

Wir leisten uns darüber hinaus eine ganze Menge weiterer Dinge, die anderswo aus Sparzwängen gestrichen werden, die wir uns aber leisten wollen, weil wir sie für unverzichtbar halten: zum Beispiel 70 Spiel- und Bolzplätze, einen Skaterpark, einen Jugendpark und ein Jugendzentrum. Alleine in diesem Bereich sprechen wir von laufenden Kosten pro Jahr in Höhe von rund 250.000 Euro – ohne Personalkosten. Streetwork, Stadtbibliothek, das Projekt „Partner für Kinder“, Patenprojekte zusammen mit dem



Kinderschutzbund und der Kolpingfamilie, die Förderung des Jugendsports in Sportvereinen mit 20.000 Euro pro Jahr, die Förderung von Ferienfreizeiten freier Träger – 13.000 Euro – und die Schuldnerberatung für Kinder und Jugendliche – 4.000 Euro – sind weitere Projekte, die wir uns gerne und auch in Zukunft auf die Fahne schreiben. Ebenso ist es mit dem Anteil der freien Träger an den Betriebskosten der KITAs, den die Stadt übernimmt, auch das eine freiwillige Leistung, von der wir nicht abrücken wollen. 210.000 Euro lassen wir uns das kosten. Wir würdigen damit die ehrenamtliche Arbeit der Eltern und ihren großen Beitrag zur Versorgung mit KITA-Plätzen. Und wir stärken die Trägervielfalt in Hennef.

Dieser Themenkomplex zeigt – wie gesagt – besonders eindringlich, wie wir Vorgaben, die anderswo gesetzt werden, nämlich von Land und vom Bund, auf unsere Kosten umsetzen müssen. Der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige ist ein Beispiel, die stetige Steigerung der Betriebskosten der KITAs und die bekanntermaßen fiktiven 19 Prozent Elternteil an den Betriebskosten sind weitere Beispiele.

Für Hennef stellt sich das in der Bilanz so dar, dass von 2007 bis 2010 die Zahl der KITA-Plätze von 1505 auf 1364 gesunken ist, und die Zahl der U3-Plätze von 0 auf 78 gestiegen ist. Im gleichen Zeitraum sind die Betriebskosten zum Beispiel aufgrund der personellen und räumlichen Anforderungen an die Betreuung unter Dreijähriger von 6 Millionen Euro auf 8,3 Millionen Euro gestiegen. Und nun die fiktiven 19 Prozent: Das Finanzierungssystem des Landes NRW sieht vor, dass Eltern 19 Prozent der Kosten tragen. 2007 lagen wir in Hennef bei 19,29 Prozent, 2008 sogar bei 21,01 Prozent. 2009 waren die Betriebskosten erstmals deutlich angestiegen, der Elternanteil lag nur noch bei 16,6 Prozent. 2010 stiegen die Betriebskosten weiter, der Elternanteil sank auf 15,31 Prozent. Bis 2006 hat das Land ein eventuelles Defizit ausgeglichen, seitdem nicht mehr. Kurz: Die Kosten für die Umsetzung der Betreuung von unter Dreijährigen bleiben an den Kommunen und den Eltern hängen. Die Anhebung von Elternbeiträgen, so schmerzhaft sie in Einzelfällen sein mag, war nicht zu umgehen und dennoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Unter dem Strich bleibt – wie gesagt – eine kräftige Steigerung der Betriebskosten: um 2,3 Millionen Euro zwischen 2007 und 2010. Und es bleibt ein Elternanteil von unter 16 Prozent – selbst nach der Erhöhung der Elternbeiträge!

Verschärft wird das Ganze dadurch, dass gerade uns in Hennef ein Vorteil zum Nachteil gereicht. Hennef spürt den demografischen Wandel nicht in dem Maße, wie andere Städte. Das heißt: keine sinkenden Kinderzahlen. Daraus folgt: Wir können keine Betreuungsplätze für Kinder über drei abbauen und in Plätze für Kinder unter drei umwandeln. Denn jeder



Platz für unter Dreijährige „frist“ 1,8 Plätze für über Dreijährige. Wandelt man beispielsweise in einer 25-köpfigen Kindergartengruppe sechs Plätze in Plätze für unter Dreijährige um, sinkt die Gruppengröße aufgrund der höheren Anforderungen auf 20 Kinder. Unter dem Strich bleiben von ursprünglich 25 Plätzen für über Dreijährige lediglich 14 Plätze übrig, und für 11 Kinder über drei müssen neue Plätze gesucht werden. Das Land bezuschusst seit vier Jahren ausschließlich die Umwandlung von Plätzen für über Dreijährige in Plätze für unter Dreijährige. Das ist gut für Städte, in denen die Zahl der Kinder zurückgeht. In Hennef ist das nicht der Fall, wir müssen weiterhin neue Plätze schaffen und neue KITAs bauen.

Kurz: der Bund gibt beim Land die Bestellung auf, Plätze für unter Dreijährige zu schaffen, das Land reicht die Aufgabe an die Kommunen weiter, uns lastet denen einen großen Anteil der Kosten gleich mit auf. Das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt.“ hat hier scheinbar keine Gültigkeit mehr. Das ist der Grund, – und damit schlage ich den Bogen zum Beginn meiner Rede – warum die kommunale Selbstverwaltung „in Gefahr ist“, um noch einmal den Städte- und Gemeindebund zu zitieren. Den Kommunen sind die Hände gebunden, der Unmut von Eltern richtet sich jedoch gegen Kommunen, ebenso die Forderung nach beitragsfreien KITA-Plätzen. Man mag über die Ausgestaltung von Beitragssatzungen unterschiedlicher Meinung sein. Beim Wunsch nach Beitragsfreiheit sind wir uns sicher einig. Der Jugendhilfeausschuss hat eine entsprechende Resolution auf den Weg gebracht, die heute hier zur Abstimmung steht.

Zum Schluss möchte ich ganz kurz noch einen letzten, ganz anderen Punkt erwähnen: das Thema Gewerbesteuer. Wir haben in den vergangenen Jahren trotz schwieriger Finanzen den Hebesatz für die Gewerbesteuer nicht angetastet und werden das auch 2011 nicht tun. Wie in anderen Kommunen auch ist die Gewerbesteuer unsere wichtigste Einnahmequelle. Die Einnahmen belaufen sich in Hennef 2008 auf rund 14,92 Mio. Euro, 2009 auf rund 18,07 Mio. Euro und 2010 bis jetzt auf rund 12,5 Mio. Euro. Es ist positiv, dass sich die Spitzen von CDU, FDP und CSU im Koalitionsausschuss geeinigt haben, die Gewerbesteuer beizubehalten. Immerhin ist diese wirtschaftskraftbezogene Steuer das Äquivalent für wirtschaftsorientierte Ausgaben. Mit anderen Worten: Sie dient dazu, eine Infrastruktur zu schaffen, die den hier ansässigen Unternehmen nützt. Deswegen ist sie wichtig und muss erhalten bleiben.

Damit übergebe ich Ihnen nun den Haushaltsentwurf 2011 zur Beratung und bitte Sie – wie immer – in ihren Haushaltsberatungen keine zusätzlichen Ausgaben ohne Deckungsvorschlag zu veranschlagen.



Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, allen voran Kämmerin Eva-Maria Weber, die wieder sehr viel Arbeit und Kraft in diesen Plan gesteckt haben. Mein Dank geht darüber hinaus an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, für Ihr Engagement und ihre große Zuverlässigkeit in diesem wie in allen Jahren. Und ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die gute Zusammenarbeit des vergangenen Jahres.

Ich freue mich auf die konstruktive Arbeit zum Besten unserer Stadt auch im kommenden Jahr!

Vielen Dank!